

Antrag IA003: Naturschutz ist Gesundheitsschutz. Schutz vor Pandemien ist nicht möglich ohne Schutz von Biodiversität und Ökosystemen

Laufende Nummer: 172

Antragsteller/in:	Joachim Spangenberg (Bundesvorstand)
Unterstützer/innen:	Armin Gabler (Bundesvorstand), Julia Römer (Bundesvorstand), Andreas Faensen-Thiebes (Bundesvorstand), Maren Jonseck-Ohr (Kraft Amt), Irma Beuscher (BUNDjugend), Sybille Heidenreich (LV Baden-Württemberg), Uwe Heidenreich (LV Baden-Württemberg), Kai Frobels (LV Bayern), Christine Margraf (LV Bayern), Beate Rutkowski (LV Bayern), Kathy Mühlebach-Sturm (LV Bayern), Klaus Mandery (LV Bayern), Peter Heller (LV Bayern), Reinhard Scheuerlein (LV Bayern), Helga Krause (LV Bayern), Elisabeth Voit (LV Bayern), Petra Filbeck (LV Bayern), Lisa Franke (LV Berlin), Brigitte Martin (LV Hessen), Niko Martin (LV Hessen), Cordula Jacobowsky (LV Hessen), Achim Baumgartner (LV Nordrhein-Westfalen), Sabine Yacoub (Rheinland-Pfalz), Jenni Follmann (LV Rheinland-Pfalz), Franziska Heß (LV Sachsen), Doreen Kursawe (LV Thüringen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	IA - Initiativantrag
Abstimmungsergebnis:	Ja: (94.400 %) 118 Nein: (2.400 %) 3 Enthaltung: (3.200 %) 4 Gültige Stimmen: 125

Die Bundesdelegiertenversammlung beschließt:

(1) Verstärkte ökologische und epidemiologische Ursachenforschung

Der mögliche Auslöser der Pandemie durch Tierhandel oder tierische Vektoren muss intensiv und transdisziplinär untersucht werden. Derzeit ist ein Ungleichgewicht zwischen Notfallmaßnahmen und Aufklärung bzw. Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Pandemie festzustellen. Potentielle Ursachen und Zusammenhänge mit Eingriffen in naturnahe Ökosysteme, des Wildtierhandels, der Globalisierung des Reise- und Warenverkehrs, der Massentierhaltung und weltweit industrialisierter Landwirtschaft sind vorrangig zu erforschen.

(2) Priorisierung

Der Schutz der globalen Biodiversität muss bei allen politischen Entscheidungen einen wesentlich höheren Stellenwert erhalten und ebenso ernst genommen werden wie Pandemie-Bekämpfung und Klimaschutz.

(3) Globale Vorsorge

Bundesregierung und Europäische Kommission sollen

- gezielte internationale Initiativen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass auf dem Treffen der Vertragsparteien der Biodiversitätskonvention im nächsten Jahr weitreichende und verbindliche

Schutzziele für noch weitgehend intakte Naturgebiete verabschiedet werden, die auch die traditionellen Rechte ihrer Bewohner*innen respektieren.

- eine internationale Initiative zur Ausweitung der CITES Konvention erfolgt hin zu einem allgemeinen Verbot des kommerziellen Wildtierhandels sowie internationalen Maßnahmen zur Beendigung des illegalen Handels mit wilden Tieren oder Teilen davon.

(4) Nationale und europäische Vorsorge

- Die Veterinär- und Gesundheitsbehörden sollen umgehend Untersuchungen auf Corona-Virus und vergleichbare Viren in deutschen Wildzucht-Anlagen und Massentierhaltungen durchführen.

- Der BUND erneuert seine Forderungen an die Politik, die ökologisch wie epidemiologisch nicht zukunftsfähige Massentierhaltung drastisch einzuschränken mit einer verbindlichen nationalen Nutztierstrategie, einem Umbauprogramm zu artgerechten Haltungsverfahren, Bindung der Tierhaltung an die Fläche, verbindlichen staatlichen Haltungskennzeichnungen und Einberechnung der externen Kosten.

Begründung

Der BUND verweist auf den Bericht des IPBES, in dem es unter anderem heißt: „Die Welt ist in ein Zeitalter der Pandemien eingetreten, und wenn wir die Zerstörung der natürlichen Welt nicht beenden werden Pandemien häufiger werden, sich schneller verbreiten, mehr Tote fordern und mehr weltwirtschaftliche Schäden anrichten denn je zuvor“. Diese Zerstörung der natürlichen Welt wird vorangetrieben von Landnutzungsänderungen, Tropenwaldzerstörung, aber zunehmend auch durch die Klimakrise. Wenn Ursachen von Pandemien nicht konsequent bekämpft werden, dann wird die IPCC-Warnung zur Wirklichkeit.

Am Beispiel der Nerzzucht in Dänemark wird deutlich: Übertragung und Mutation von Viren droht nicht nur in exotischen Tiermärkten. Wenn – wie in diesem Fall – der Virus vom Menschen auf Zuchttiere und von diesen zurück auf Menschen übertragen wird oder sich gar ein Virusreservoir in Wildtierpopulationen bildet, würden die bisherigen Bekämpfungsstrategien wie soziale Distanz und Masken nicht ausreichen, denn dann reicht es nicht mehr, die Ansteckungsketten unter Menschen zu kontrollieren. Arten, die empfänglich für Sars- Cov-2 sind, könnten ein Virus-Reservoir werden.

Die Tierarten, die potenzielle Träger des SARS-CoV-2 Virus sein können, stellen insbesondere dann ein Risikopotenzial dar, wenn sie in Zuchtstationen oder anderen Formen der Massentierhaltung gehalten werden, da diese ein Inkubator für die schnelle Verbreitung innerhalb der Anlagen sind und damit die Wahrscheinlichkeit eines auch Wildtiere erfassenden Ausbruchs massiv gesteigert wird. Hinzu kommt, dass das Virus seine Eigenschaften mit jedem Übergang auf eine andere Gastart weiter verändert, so dass maßgeschneiderte Impfstoffe und Medikamente an Wirkung verlieren können.

Wenn nach der Corona-Krise Einsparpotenziale gesucht werden, um die in der Krise zu Recht aufgenommenen staatlichen Schulden abzubauen, so darf dies keinesfalls zu Lasten des nationalen wie des internationalen Umwelt- und Naturschutzes gehen. Deutschland muss trotz der Corona- Lasten finanzielle Solidarität mit den Ländern des Südens beim Schutz von Lebensräumen und Ökosystemleistungen zeigen.